

**Gert Krell**

**Zwischen Holocausttrauma und Siedlungskolonialismus:  
Achille Mbembes Kritik an Israels Politik gegenüber den Palästinensern<sup>1</sup>  
(Fassung vom 22. September 2020)**

**1. Israel und die zwei großen moralischen Narrative des 20. Jhdts.**

Der in Deutschland geborene israelische Soziologe Natan Sznajder hat kürzlich daran erinnert, dass sich in Israel zwei große moralische Narrative des 20. Jhdts. kreuzen. In dem einen Narrativ stehe der Holocaust im Mittelpunkt mit allen historischen Konsequenzen für Juden, die in diesem Staat den Garanten ihrer Sicherheit sähen. Hier diene die Gründung Israels in der Tat als Erlösung. In dem anderen Narrativ spiele der Holocaust keine zentrale Rolle; hier stünden die Grausamkeiten des Westens gegen die übrige Welt im Vordergrund, seien Kolonialismus und Imperialismus die entscheidenden Markierungen. In diesem Narrativ seien die Israelis weiße Siedler und Israel eine Siedlungsgesellschaft, die die in Palästina bereits wohnhafte Bevölkerung unterwerfe und als Handlangerin des Westens gesehen werde. Im deutschen Erinnerungsraum werde die Auffassung, Israel sei ein Produkt des Kolonialismus, und würden sich daran anschließende Boykottaufrufe gegen das Land – und damit gegen Juden – besonders negativ konnotiert und riefen sofort Antisemitismusbeauftragte auf das erkenntnistheoretische Spielfeld. Das habe auch der postkolonialistische Denker Achille Mbembe erfahren müssen, den die eine politische Ecke als Antisemiten, Israelhasser und Holocaustleugner bezeichne, während die andere ihn als einen legitimen Kritiker des Kolonialismus und Israels sehe und sein Recht auf freie Meinungsäußerung verteidige.<sup>2</sup>

Fast immer bietet ein genauerer Blick auf den Gegenstand der Auseinandersetzung eine Möglichkeit, eine Polarisierung wie die von Sznajder beschriebene zu überprüfen oder ihr vielleicht sogar zu entkommen. So halte ich auch nach dem Interview mit Felix Klein, dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, in der ZEIT vom 20. Mai 2020<sup>3</sup> den Vorwurf, der afrikanische Historiker und Philosoph Achille Mbembe äußere sich antisemitisch, und die Mitte April ausgesprochene Empfehlung, er solle deshalb in Deutschland nicht als

---

<sup>1</sup> Eine frühere und deutlich kürzere Fassung ist unter dem Titel *Achille Mbembes „Politik der Feindschaft“ und der Vorwurf des Antisemitismus* erschienen in Wolfgang Benz (Hrsg.), *Streitfall Antisemitismus: Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen*, Berlin 2020, S. 299-320. Für Anregungen und Kritik danke ich Martin Altmeyer, Muriel Asseburg, Meron Mendel und Reiner Steinweg.

<sup>2</sup> Natan Sznajder, *Antisemitismus zwischen Schwertern und Pflugscharen*, in: Johannes Piepenbrink (Red.), *Antisemitismus*, Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 70, Heft 26-27 (22. Juni 2020), S. 15-19, hier S. 16.

<sup>3</sup> *„Für eine Entschuldigung sehe ich keinen Anlass“: Ein Gespräch mit Felix Klein, dem deutschen Antisemitismusbeauftragten, über den Streit um den Historiker Achille Mbembe und die damit ausgelösten Probleme*, Die ZEIT vom 20. Mai 2020, S. 49-50.

Redner in einer mit öffentlichen Geldern geförderten Veranstaltung auftreten dürfen, für diskussionsbedürftig. Überhaupt erscheint mir die Fixierung auf Mbembes vermeintlichen Antisemitismus als wenig geeignet für eine faire und zugleich kritische Rezeption seines Weltbildes. Ich nehme zunächst Bezug auf Mbembes Buch *Politik der Feindschaft*, das ein Kapitel über *Die Gesellschaft der Feindschaft* enthält.<sup>4</sup> Felix Klein beruft sich auf einen englischsprachigen Aufsatz mit dem gleichen Titel.

## 2. Kolonialismus und Postkolonialismus in *Politik der Feindschaft*

Für mich ist *Politik der Feindschaft* ein reichhaltiges und vielseitiges Buch: anregend oder im positiven Sinne verstörend, gelegentlich sogar poetisch, gleichwohl in manchen zentralen Aussagen auch fragwürdig oder problematisch. Im Zentrum von Mbembes Fragestellungen und Analysen stehen die Sklaverei und der Kolonialismus.<sup>5</sup> Das strukturierende Merkmal der letzten Jahrhunderte sei die Spaltung zwischen dem zivilisatorischen Anspruch des die Welt erobernden und teilweise besiedelnden Westens auf der einen und der ungehemmten Gewalt gegen die als unzivilisiert charakterisierten bzw. stigmatisierten Völker auf der anderen Seite; einer Gewalt, die zugleich verleugnet und unsichtbar gemacht wurde und vielfach noch werde. In der Tat: nicht nur in den Jahrzehnten, in denen Johannes Brahms in seinem Requiem die schönen Wohnungen des Himmelsreichs musikalisch in Szene setzte und Gustav Mahler in seiner vierten Sinfonie dessen Wonnen feierte, haben die Europäer und die USA in verschiedenen Regionen der Welt die reale Hölle verbreitet. Der erste Völkermord des 20. Jhdts. war bekanntlich die weitgehende Vernichtung der Ovaherero und der Nama im Südwesten Afrikas durch deutsche Kolonialtruppen zwischen 1904 und 1908; ein Völkermord, den die Bundesrepublik bis heute nicht offiziell anerkennt. Immerhin gibt es Bewegung in der deutschen Haltung.

Hier kennt sich Mbembe hervorragend aus und hier hat er „dem Westen“, viel zu sagen, auch wenn dem der Spiegel nicht gefallen mag. Es kann sein, dass man die reale historische Gewalt des Kolonialismus differenzieren muss – nicht überall war der koloniale Staat so übermächtig wie z.B. in Algerien –, aber das gehört in die Diskussion der Fachleute.<sup>6</sup> Als beeindruckend

<sup>4</sup> Achille Mbembe, *Politik der Feindschaft*, Berlin 2017.

<sup>5</sup> Ausführlicher dazu ders., *Kritik der schwarzen Vernunft*, 4. Aufl., Berlin 2020.

<sup>6</sup> Vgl. dazu etwa Michael Pesek, *Was weiß der Postkolonialismus vom Kolonialismus? Die historische Forschung hat sich von der Vorstellung verabschiedet, dass der koloniale Staat ein totalitäres Regime gewesen sei. In den postkolonialen Studien kehren die Träume der Kolonialherren von absoluter Macht zurück*, FAZ vom 6. Mai 2020, S. N 3. Mark Terkessidis spricht am Beispiel von Ostafrika von einer komplizierten Gesamtlage, die auch eine postkoloniale Sichtweise berücksichtigen müsse, ohne damit die Verantwortung des Kolonialismus zu leugnen: *Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute*, 2. Aufl., Hamburg 2019, S. 90. Differenzierte Gesamtdarstellungen bieten etwa Jürgen Osterhammel/Jan C. Jansen, *Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen*, 8. Aufl., München 2017 (trotz der Kürze äußerst reichhaltig), Tho-

habe ich viele Abschnitte empfunden, in denen sich Mbembe auf Frantz Fanon beruft bzw. ihn ausführlich referiert. Da geht es keineswegs um vordergründige Anklage, sondern um Analyse: um politische, ökonomische, psychologische und psychoanalytische Aspekte des Verhältnisses zwischen Kolonisierern und Kolonisierten, einschließlich der triebhaften Externalisierungen der Kolonisierer, die die Kolonisierten auch noch dafür verantwortlich machen und ihnen damit die eigentliche Täterschaft zuschreiben; oder die Internalisierungen des Herrschaftsverhältnisses und die damit verbundenen inneren Zerstörungen, die der Kolonialismus bei den Kolonisierten anrichtet. Als intellektuelle und künstlerische Reaktionsweisen auf die Schizophrenie des westlichen Humanismus und deren Langzeitwirkungen stellt Mbembe den Afrozentrismus vor, der einen eigenen Humanismus aus afrikanischen Wurzeln formuliert, und den Afrofuturismus, der über die Kategorie des Humanismus hinausgreift, weil der unauflösbar mit Natur- und Menschenaneignung verknüpft sei, und ein neues Menschenbild unter Einbeziehung des Kosmos entwickle. Sehr berührt hat mich der fast poetische Abschnitt *Die Pflegebeziehung* im Kapitel *Fanons Apotheke*, in dem beschrieben wird, welche Aufgaben sich für Ärzte und Pflegerinnen stellen, um vom Krieg schwer verwirrte und seelisch verwundete Menschen in das Leben zurückzuholen.<sup>7</sup>

Unter Berufung auf Frantz Fanon geht Mbembe ausführlich auf die Rolle der Gewalt als konstitutives Element der Befreiung und unverzichtbare Voraussetzung für die Neuschöpfung/Wiedergeburt der „Verdammten dieser Erde“ ein, denn bei Fanon werden die Kolonisierten erst im Akt antikolonialer Gewalt von Nicht-Menschen zu Menschen. Die verheerenden Folgen dieser Programmatik, so der Einwand von Kritikern, ließen sich bis heute nicht nur im nachkolonialen Afrika, sondern auch im Nahen Osten beobachten.<sup>8</sup> Achille Mbembe wirbt hier um Verständnis vor allem dadurch, dass er wie Fanon selbst die konkrete historische Situation und die damit verbundenen chronischen und umfassenden Gewalterfahrungen der afrikanischen Algerier erläutert. Immerhin stellt auch Mbembe die Frage, ob jede Gewalt Schöpferin von etwas Neuem sei. Was sei mit einer Gewalt, die keinerlei neue Fundamente schaffe?<sup>9</sup>

---

mas Piketty, *Kapital und Ideologie*, München 2020, Teil 2 (eingebettet in Theorie und Empirie der Entwicklung von gesellschaftlicher und internationaler Ungleichheit), oder Wolfgang Reinhard, *Die Unterwerfung der Welt: Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015*, München 2016 (auf breitester Grundlage). Als besonders eindringliche und berührende „Fallstudie“ auf breiter Quellengrundlage einschließlich zahlloser persönlicher Kontakte mit Einheimischen empfehle ich David Van Reybrouck, *Kongo: Eine Geschichte*, 4. Aufl., Berlin 2018 (zuerst 2010).

<sup>7</sup> Mbembe, *Politik*, S. 162-168.

<sup>8</sup> Vgl. etwa Martin Altmeyer, *Das Unbehagen in der Moderne: Populismus aus Sicht einer relationalen Psychoanalyse*, in: *Psychosozial*, Heft 42:1 (2019), S. 84-98.

<sup>9</sup> Mbembe, *Politik*, S. 121; ausführlicher ders., *Kritik der schwarzen Vernunft*, S. 296-311. Bei Mbembe fehlt allerdings eine kritische Reflexion der Hypostasierung „des Volkes“ bei Fanon, dessen Spaltungen und nachhal-

Weniger gelungen, häufig überzogen und geradezu von Feindseligkeit den Demokratien gegenüber getragen sind dagegen weite Teile von Mbembes Zeitdiagnosen. Bei ihm findet das paradoxe Verhältnis zwischen Zivilisation und Gewalt im Kolonialismus nicht nur eine Fortsetzung im Faschismus und Nationalsozialismus (dafür beruft er sich u.a. auf Hannah Arendt), sondern auch in den westlichen Demokratien. Auch sie brauchten den Feind, ohne ihn seien sie nicht lebensfähig. Da die eigentlich erforderliche Spaltung der Gesellschaft in Herren und Sklaven sich aufgelöst habe, seien die liberalen Demokratien unserer Zeit für ihr Überleben angewiesen auf die Spaltung in Gleiche und Nichtgleiche oder auch in Freunde bzw. Verbündete und Feinde der Zivilisation. Ohne Feinde hätten sie Schwierigkeiten, sich allein aufrecht zu halten. Ob es solche Feinde tatsächlich gebe, falle dabei kaum ins Gewicht. Man brauche sie nur zu erschaffen, zu demaskieren und ans Licht zu holen.<sup>10</sup> Fast durchgängig attestiert er den Demokratien ein krankhaftes Verhältnis zu den „Anderen“, also etwa Arabern, die pauschal zu Terroristen gemacht würden und dann entsprechend gnadenlos bekämpft werden müssten:<sup>11</sup>

Wir leben in einer Zeit der paranoiden Dispositionen, der hysterischen Gewalt, der Verfahren zur Vernichtung all derer, die von der Demokratie zu Staatsfeinden erklärt werden. (...) Der nicht zu unterdrückende Wunsch nach Feinden, der Wunsch nach Apartheid und die Ausrottungsphantasie bilden den Kampfplatz, also die entscheidende Probe zu Beginn dieses Jahrhunderts. Als herausragende Träger der gegenwärtigen Verdummung zwingen sie die demokratischen Regime allenthalben, aus dem Mund zu stinken und in ihrem hartnäckigen Delirium wie Betrunkene zu leben. (...) Keinen Feind zu haben – oder keine Anschläge und andere blutige Übergriffe durch jene erlebt zu haben, die uns und unsere Lebensweise hassen – heißt jener Hassbeziehung beraubt zu sein, die dazu berechtigt, allen erdenklichen, ansonsten verbotenen Wünschen freien Lauf zu lassen. (...) Und es heißt, frustriert zu werden in seinem Drang, sich selbst Angst zu machen; in seiner Fähigkeit, andere zu verteufeln; in der Lust und Befriedigung, die man empfindet, wenn der angebliche Feind von Spezialkräften abgeschlachtet wird oder, falls lebendig gefangen, endlosen Verhören und Folterungen unterzogen wird an einem der geheimen Orte, die unseren Planeten beschmutzen.

Nicht nur, dass es für Mbembe keine Entkolonialisierung auf Seiten der sich für zivilisiert haltenden Gesellschaften in Form der heutigen Demokratien gibt; er dämonisiert und überblendet sie mit Bildern und Deutungsmustern, die man normalerweise für die Beschreibung totalitärer Gesellschaften verwenden würde. Immer und nur ist die Rede von *den* liberalen Demokratien, die gleichsam für alle gewaltsamen Übel unserer Zeit verantwortlich seien, weil sie ihre Bedrohungen und die Gegengewalt selbst inszenierten. Sie sind, so hat es Ijoma Mangold in der

---

tigen Beschädigungen durch den Kolonialismus der berühmte Autor in seinem berühmten Klassiker *Die Verdammten dieser Erde* (Frankfurt 1966, zuerst 1961) selbst herausarbeitet, die aber doch Probleme für seine emphatische Revolutionstheorie signalisieren!

<sup>10</sup> Mbembe, *Politik*, S. 100.

<sup>11</sup> A.a.O., S. 79, 92-93.

ZEIT zusammengefasst, Orte der Entrechtung und Vernichtung. Der liberale Rechtsstaat hat in diesem Denken keinerlei Kredit.<sup>12</sup>

Natürlich gibt es reichlich Anlass, an der Rationalität oder der Menschlichkeit demokratischer Systeme oder Regierungen zu zweifeln. Man erinnert sich an die dramatischen Fehldeutungen in der amerikanischen Politik gegenüber Saddam Hussein mit dem Irak-Krieg;<sup>13</sup> oder an Guantanamo, an strukturelle Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten, an Vorurteile und Feindbilder, manchmal mit tödlicher Konsequenz, gegenüber Einwanderern, keineswegs nur in den USA, wo man auch Kontinuitäten bis zurück in die Zeit der Sklaverei beobachten kann. So schreibt Verena Lueken in der FAZ zu den Protesten der Black-Lives-Matter Bewegung, sie seien Ausdruck des ewig gleichen Themas, seit die ersten versklavten Menschen mit schwarzer Haut auf den Kontinent verschleppt wurden, den sie nie betreten wollten. Das sei vierhundert Jahre her, und das Erbe werde ihren Körpern bis heute eingeschrieben. Andreas Ross spricht in derselben Zeitung in einem Artikel, in dem er die erschütternde durchgängige Struktur (Arbeits- und Lebenswelt, Schulsystem, Sozialstaatlichkeit, Gesundheitssystem und Krankenversicherung, Gerichtswesen/Gefängnisse/Polizei) des „systemischen Rassismus“ in den USA anführt, vom „Würgegriff der Willkür, Unterdrückung und Ausbeutung von Millionen Afroamerikanern“, die den amerikanischen Traum als Albtraum erlebten.<sup>14</sup> Alltäglichen und strukturellen Rassismus gibt es freilich auch in Europa, ebenso wie die völlige Unkenntnis, Verleugnung, Verharmlosung oder gar Verherrlichung der jeweiligen kolonialistischen Vergangenheiten. Der institutionelle Rassismus, der „Doppelgänger des Kolonialismus“, halte uns auch weiterhin in seinen Fängen, schreibt Mbembe in *Kritik der schwarzen Vernunft*, obwohl dieser – zugegeben – „nicht mehr ganz der unsrige“ sei.<sup>15</sup>

Aber Achille Mbembe übertreibt und pauschalisiert seine Kritik so weit, dass sie zu einem Zerrbild wird. Er macht keinerlei Unterschied zwischen verschiedenen Demokratien und ihren jeweiligen Volksvertretern: Barack Obama ist dasselbe wie Donald Trump, Angela Merkel oder Emmanuel Macron dasselbe wie Jair Bolsonaro. Nichtwestliche oder nichtdemokratische Staaten mit ihren Feindkonstruktionen und ihrer wechselseitigen Gewalt etwa in den Entwicklungs- oder Schwellenländern kommen in *Politik der Feindschaft* überhaupt nicht vor. Zwar gibt es hier eine knappe brillante Analyse der religiösen Motivation von islamischen Selbst-

<sup>12</sup> Ijoma Mangold, *Wie rassistisch ist der Westen?*, Die ZEIT vom 29. April 2020, S. 45.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Gert Krell/Peter Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 2018, 5. Aufl., S. 386-397.

<sup>14</sup> Verena Lueken, *Amerikas ewiges Trauma: Die Vereinigten Staaten – ein gescheitertes soziales Experiment?*, FAZ vom 2. Juni 2020, S. 15; Andreas Ross, *Systemischer Rassismus*, FAZ vom 4. Juni 2020, S. 1 und ders., *Im Würgegriff: Polizei und Justiz verheißeln für Millionen von Afroamerikanern nicht Gerechtigkeit, sondern Willkür, Unterdrückung und Ausbeutung. Woran liegt das?*, FAZ vom 6. Juli 2020, S. 3.

<sup>15</sup> Mbembe, *Kritik der schwarzen Vernunft*, S. 311.

mordattentätern oder eine kurze Typologisierung von Gewaltverhältnissen in afrikanischen Ländern, aber beides integriert Mbembe nicht. 9/11 wird nicht einmal erwähnt, kein einziges Wort über den Islamischen Staat, der aktuell Mozambique terrorisiert, über den Völkermord in Ruanda, über die Vernichtungsphantasien gegenüber Israel bei Teilen der iranischen Führung, der Hamas oder der Hisbollah. Reale Konflikte, also z.B. Konkurrenz um unvereinbare Interessen, um Handelsvorteile, um Territorien oder Gefolgschaft, legitime Sicherheitsbedürfnisse gegenüber real existierenden, also ausgesprochenen und materiell unterstrichenen Bedrohungen, geostrategische Rivalitäten und sich mit all dem immer wieder verknüpfende explizite Feindbilder (also nicht bloß eingebildete Gegnerschaft), schwierige Verhandlungen über Problemregulierung, all das spielt keine Rolle in Mbembes *Politik der Feindschaft*.

Auch bei den Innenbeziehungen der Demokratien – wieder ist nur die Rede von „den liberalen Demokratien“, die ohnehin alle mehr oder weniger auf der Kippe stünden – dramatisiert und überzeichnet Mbembe. Hier sieht er kontinuierlich zunehmende Repression einschließlich der Entwicklung zum totalen Überwachungsstaat: „Fast überall ist die Rede von Aufhebung, Einschränkung, Rücknahme oder schlichter Abschaffung – der Verfassung, des Rechts, der Freiheiten, der Staatsbürgerschaft, aller möglichen Schutzvorschriften und Garantien, die bis vor kurzem noch als fraglos sicher galten.“<sup>16</sup> Wie fragwürdig auch diese Einschätzung ist, zeigen Daten zur Lage der Menschen- und Bürgerrechte in der Welt etwa von Freedom House.<sup>17</sup> Es stimmt, dass die Freiheitswerte in den letzten Jahren im Weltdurchschnitt zurückgehen, aber wirklich unfrei oder nur halb frei sind gerade nicht die westlichen Demokratien. Und gewiss gibt es totale Überwachungsstaaten, aber das sind China, Nord-Korea, Saudi-Arabien, vielleicht Singapur; keine der westlichen Demokratien gehört dazu, auch wenn das einige Verschwörungstheoretiker im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie behaupten.

Mein letzter Punkt betrifft Mbembes scharfe Kritik an der Migrations- und Flüchtlingspolitik der westlichen Demokratien. Hier wirken angeblich wieder dieselben schon beschriebenen Mechanismen: Feindkonstruktionen, Rassismus, Abschottung bis gewaltsame Verhinderung

---

<sup>16</sup> Mbembe, *Politik*, S. 76.

<sup>17</sup> Freedom House, *Freedom in the World 2020: A Leaderless Struggle for Democracy*, [www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2020/leaderless-struggle-democracy](http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2020/leaderless-struggle-democracy). Freedom House ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die seit den frühen siebziger Jahren alljährlich über den Stand der Menschen- und Bürgerrechte in der ganzen Welt berichtet. Wem die Daten von Freedom House verdächtig erscheinen, der konsultiere die Datensammlung von Max Roser, der eine hohe Korrelation zwischen dem Niveau der Menschenrechte und dem Regime-Typ (von voll entwickelter Autokratie bis voll entwickelter Demokratie) findet (vgl. [www.ourworldindata.org](http://www.ourworldindata.org), dort unter „Democracy“); oder die Political Terror Scale von 1 bis 5 der Purdue Universität, in der für 2018 fast alle großen westlichen Demokratien mit 1 bewertet werden: sie sind sichere Rechtsstaaten, die Bürger kommen nicht wegen ihrer Ansichten ins Gefängnis, Folter ist selten oder eine große Ausnahme, politische Morde sind extrem selten – Ausnahmen sind Frankreich, Spanien, Polen (2), die USA (2-3), Israel (3) und die Türkei (5) – [www.politicalterroryscale.org/Data](http://www.politicalterroryscale.org/Data).

von Einwanderung. Die Folie für diese Kritik bildet Mbembes Modell der wechselseitigen Anerkennung aller Menschen, das von der Einsicht in unser aller Verletzlichkeit und Endlichkeit ausgeht und das er der Geschichte und Aktualität von Gewalt und Rassismus entgegensetzt. Er erwartet, dass sich alle der Zufälligkeit ihrer Nationalität, ihrer „Rasse“ oder ihres Geschlechts bewusst sind. Dagegen lässt sich nichts sagen, im Gegenteil; die Welt wäre ein weit besserer Ort, wenn sich alle Menschen solche Einsichten zu Eigen machten. Aber Mbembe zieht daraus eine radikale Konsequenz: die Abschaffung der Staatsbürgerschaft und das freie Residenzrecht für alle Menschen am Ort ihrer Wahl; die Erde gehöre schließlich allen. Dieses Überspringen des Internationalen in eine Art staatenlose Weltgesellschaft halte ich nicht nur für unrealistisch, sondern auch für eine schlechte Utopie. Staatlichkeit wird auf vielerlei Art und Weise missbraucht und pervertiert; aber ganz auf ihre zweifellos möglichen und real durchaus vorhandenen ordnenden, organisierenden und zivilisierenden Funktionen zu verzichten, würde die Gewalt in der Welt mit Sicherheit nur noch vergrößern.

Nicht Staatlichkeit per se, sondern defizitäre oder unkontrollierte, ungezähmte Staatlichkeit ist das Problem.<sup>18</sup> Gerade der heutige Sozial- und Wohlfahrtsstaat kann nicht generell darauf verzichten zu entscheiden, wer sich in ihm mit welchen Rechten ansiedeln darf. Dass sich daraus Schwierigkeiten bei der Auswahl ergeben, ist unbestreitbar; dieses objektive, keineswegs bloß phantasierte oder über Feindbilder (obwohl es die auch gibt) künstlich hergestellte Dilemma pauschal den Staaten und hier wieder vor allem den westlichen Demokratien anzulasten, ist weder sachlich angemessen noch fair, zumal Mbembe das Thema Fluchtursachen weitgehend ausblendet bzw. allein dem Kolonialismus anlastet. Sicher kann man auch hier die Demokratien nicht einfach freisprechen, muss man ihre Mitverantwortung für eine Reihe von Problemen im „Süden“ in Rechnung stellen und sie kritisch an ihren eigenen Maßstäben messen; aber ihnen alle schwerwiegenden hausgemachten Probleme in den Entwicklungs- oder Schwellenländern anzulasten, die zu Fluchtbewegungen führen, wäre nicht mehr als eine grandiose Projektion.

---

<sup>18</sup> In der Frühphase der deutschen Friedensforschung hat Ekkehart Krippendorff mit großer Entschiedenheit die These vertreten, Staatlichkeit an sich sei die zentrale Ursache für Krieg; siehe vor allem *Staat und Krieg: Die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt am Main 1985. Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, dass diese These nicht zu halten ist. Einmal ist die Variabilität im Verhältnis zwischen Staat und Krieg viel zu groß. Zum zweiten haben Kriege zwischen Großmächten seit 1500 dramatisch abgenommen: Zwischen 1500 und 1750 haben sie fast jedes Jahr untereinander Krieg geführt, im 19. und frühen 20. Jhd. nur noch in jedem dritten Jahr, seit längerem liegen wir bei 0. Außerdem deutet alles darauf hin, dass die historische Zeit vor jeder Staatlichkeit keineswegs friedlicher war. Vgl. dazu Gert Krell, *Zwischen Frieden und Krieg: Eine Auseinandersetzung mit dem Werk von Ekkehart Krippendorff*, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, 2:1 (2013), S. 141-170; oder auch die Ehrenrettung des Staates bei Harald Müller, *Wie kann eine neue Weltordnung aussehen: Wege in eine nachhaltige Politik*, Frankfurt am Main 2008, S. 246ff.

Erstaunlicherweise spielt bei fast allen, die Achille Mbembe in Schutz nehmen, aber auch bei vielen, die ihn kritisieren, die Dämonisierung der westlichen Demokratien gar keine Rolle. Hier noch einmal Mbembe im Originalton: „Die Demokratien werden indessen immer schwächer, bis hin zum Systemwechsel. Da sie nur noch Wahnvorstellungen und Zufälle zum Gegenstand haben, werden sie unvorhersehbar und paranoid, anarchische Mächte ohne Symbole, ohne Bedeutung und ohne Ziel“.<sup>19</sup> Gleichzeitig geht er nicht weit genug in seinen Globaldiagnosen, weil er einen großen Teil der Welt links liegen lässt. Ich sage das nicht, um Verantwortung zu delegieren nach dem Motto: seht nur, die anderen sind auch nicht besser oder sogar viel schlimmer. Hinweise auf die Schwächen oder gar Verbrechen anderer Völker können die eigenen nicht relativieren; aber sie deuten darauf hin, dass es nicht nur kulturspezifische, sondern auch kulturübergreifende Ursachen für kollektive Gewalt gibt, die dann noch einmal auf einer allgemeineren Ebene, auch im Vergleich zwischen Demokratien, Autokratien und totalitären Regimen, zu diskutieren wären. Nicht nur der „common sense“, auch die reichhaltige wissenschaftliche Literatur liefert viele Belege für die Unseriosität von Mbembes Totalkritik an den heutigen liberalen Demokratien – und *nur* an diesen.

### 3. Antisemitismus in *Politik der Feindschaft*?

Im Zentrum der Kontroverse über Achille Mbembe steht freilich gar nicht sein Weltbild, sondern sein vermeintlicher Antisemitismus. Hier argumentiere ich zurückhaltender. Wieder stütze ich mich zunächst auf *Politik der Feindschaft*. Ich lasse mich nicht auf die zum Teil kontroverse Diskussion über den Antisemitismusbegriff ein, sondern arbeite mit sechs Kriterien, die allgemein anerkannt sind: (1) antisemitische(s) Weltbild/Weltordnungsvorstellungen, (2) klassische antijüdische oder antisemitische Stereotype, (3) Negierung des Existenzrechts Israels, (4) Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust, (5) Dämonisierung Israels, (6) Singularisierung Israels, das heißt, nur Israel/Israelis werden für ein Verhalten kritisiert, das man bei anderen Staaten oder Völkern auch findet.

(1) Mbembes Grundhaltung habe ich schon erwähnt: die Utopie einer Weltgesellschaft der allgemeinen wechselseitigen Anerkennung unabhängig von Nation, „Rasse“ oder Geschlecht, auch Religion natürlich. Da passt Antisemitismus, also die Ausgrenzung oder Abwertung von Juden, nicht hinein. (2) Finden sich klassische judenfeindliche oder antisemitische Stereotype bei Mbembe wie etwa: Juden seien illoyal, geldgierig, falsch, listig, zu einflussreich oder was es da immer an unsäglichen Vorurteilen gibt? Nein, keine Spur davon. Jürgen Kaube, einer der Herausgeber und der Feuilletonchef der FAZ, will in einem Hinweis Mbembes auf die

---

<sup>19</sup> Mbembe, *Politik*, S. 227-228.



talionische Tradition im Alten Testament und deren Fehldeutung ein Indiz für Antisemitismus sehen.<sup>20</sup> Diese Einschätzung teile ich nicht. Es stimmt, dass Mbembe das talionische Prinzip (also: Auge um Auge, Zahn um Zahn), das übrigens älter ist als das Alte Testament, aber eine wichtige Rolle in der Entwicklung des klassischen jüdischen Rechtsdenkens spielt, rechtsgeschichtlich nicht korrekt wiedergibt. Er benutzt „talionisch“ pauschal als Fachbegriff für Vergeltung oder wütende Rache, während er doch gerade auf die Einhegung gewaltsamer Beziehungen zielt: für ein Auge *nur ein* Auge, einen Zahn *nur einen* Zahn und nicht mehr.

Es stimmt auch, dass Mbembe den Begriff mit dem Hinweis auf seine Herkunft im Alten Testament in einem Abschnitt verwendet, in dem er Israel scharf kritisiert. Aber zum einen benutzen viele Menschen, darunter auch Bildungsbürger, den Begriff so wie Mbembe, ohne dass man sie des Antisemitismus verdächtigen würde, und zum zweiten verwendet der ihn an anderer Stelle genauso für die westlichen Demokratien allgemein wie für Israel.<sup>21</sup> Thomas Assheuer hat Achille Mbembe in der ZEIT insofern in Schutz nehmen wollen, als der während seiner Schulzeit bei den Dominikanern mit dieser christlichen und durchaus anti-jüdisch gemeinten Fehldeutung (der zornige rächende Gott der Juden im Gegensatz zum verzeihenden Gott der Christen) aufgewachsen sei.<sup>22</sup> Aber das tut nichts zur Sache, wie deutlich geworden sein dürfte. Gleichwohl wäre abschließend darauf hinzuweisen, dass es in beiden monotheistischen Religionen, der jüdischen wie der christlichen, sowohl einen zornigen, straffenden als auch einen liebenden und verzeihenden Gott gibt, von seiner Einspannung für handfeste irdische Interessen ganz abgesehen.<sup>23</sup>

(3) Bestreitet Mbembe das Existenzrecht Israels? Auch darauf habe ich bei aller Schärfe seiner Kritik an der israelischen Besatzung und Israels Verhältnis zu den Palästinensern in *Politik der Feindschaft* keinen Hinweis gefunden. Ich komme auf diese Frage weiter unten im Zusammenhang mit Mbembes Sympathien für die BDS-Bewegung zurück. (4) Leugnet Mbembe den Holocaust? Definitiv nicht, ganz im Gegenteil; auch für Mbembe ist der Holocaust eine der größten Menschheitskatastrophen. Juden kommen in *Politik der Feindschaft* fast nur als Opfer, als ausgegrenzte, abgewertete und verfolgte Gruppe vor; da sieht er viele historische Parallelen zu den „Negern“. (Israel ist ein anderes Thema!) Besonderen Anstoß hat im Amt des Antisemitismusbeauftragten erregt, dass bei Mbembe „die Verbrechen des Holocaust in Zusammenhang gebracht werden mit anderen geschichtlichen Zusammenhängen“. Schon die

<sup>20</sup> Jürgen Kaube, *Alles in einen Topf: Ist dem in Deutschland vielgeehrten Philosophen Achille Mbembe Antisemitismus vorzuwerfen?*, FAZ vom 20. April 2020, S. 9.

<sup>21</sup> Mbembe, *Politik*, S. 92 (Israel) und S. 114 (die liberalen Demokratien).

<sup>22</sup> Thomas Assheuer, *Tragische Ironie. Was hat Achille Mbembe von den Dominikanern gelernt?*, Die ZEIT vom 14. Mai 2020, S. 43.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Karen Armstrong, *Im Namen Gottes: Religion und Gewalt*, München 2016.

Formulierung ist krude, wenn nicht sogar absurd, denn natürlich werden historische Katastrophen oder Menschheitsverbrechen immer mit „anderen geschichtlichen Zusammenhängen“ in Zusammenhang gebracht, es sei denn, man erklärt sie für unergründlich oder unerforschbar – was gewiss zulässig wäre, aber gerade die Holocaust- oder überhaupt die Gewaltforschung nicht akzeptieren kann. Es gibt gute Gründe, auf der besonderen Grausamkeit, Verwerflichkeit, ja Perversion oder Absurdität des Holocaust zu insistieren, gleichwohl muss die Wissenschaft nicht nur aus intellektuellen, sondern auch aus moralischen Gründen auf der Möglichkeit des Vergleichens bestehen, solange das nicht zur Verharmlosung der Shoah führt. Wären etwa Vergleiche zwischen dem Holocaust und dem Gulag von vornherein unzulässig? Dann dürfte man den Gulag z.B. nicht als „Auschwitz ohne Gaskammern“ bezeichnen.<sup>24</sup> Statt das Risiko der Relativierung zu betonen, die ja keineswegs das Ergebnis von Vergleichen sein muss, sollte man bedenken, dass die Singularisierung des Holocaust auch dazu führen kann oder jedenfalls häufig von Betroffenen so wahr genommen wird, dass ihr kollektives historisches Leid weniger zählt oder gar keine Beachtung mehr findet; eine Gefahr, die gerade im Nahost-Konflikt gegeben ist. Opferkonkurrenz ist eine schlechte Voraussetzung für gemeinsames Trauern zwischen Konfliktparteien über die Grenzen ihres Konflikte hinweg.

(5) Dämonisiert Mbembe Israel? Hier sehe ich in der Tat Anlass für Kritik. Als Belege für das „Trennungsprojekt“ Israels gegenüber den Palästinensern, dessen Kern die Vernichtungsangst bilde, führt Mbembe eine lange Liste von Abgrenzungen, Abwertungen, Einschränkungen, Beschädigungen und Zerstörungen (physisch, politisch, wirtschaftlich, rechtlich, kulturell) der palästinensischen Gebiete und palästinensischen Lebens an. Die Faktizität vielseitiger Maßnahmen der Trennung, Kontrolle, Diskriminierung, Verdrängung und der Negierung palästinensischer Geschichte und Narrative lässt sich m.E. nicht ernsthaft bestreiten, zumal sich Mbembe hier auf israelische Literatur bezieht. (Man könnte dazu auch qualifizierte palästinensische Titel verwenden oder Berichte von israelischen oder anderen Menschenrechtsgruppen.)<sup>25</sup> Stein des Anstoßes sind dann auch eher Mbembes Vergleiche mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. Für die besetzten Gebiete, nicht für das israelische Kernland, gibt es in der Tat einige auffallende Parallelen (z.B. ungleiche und ungleichwertige Verkehrswege, Wassernutzung und Rechtssysteme), so dass der Vergleich zumindest zulässig ist, unabhängig

---

<sup>24</sup> Vgl. dazu das Interview von Sylvia Sasse mit Renate Lachmann, *Nicht wissen dürfen: Was für Gemeinsamkeiten gibt es zwischen der Literatur über den GULag und der über den Holocaust?*, FAZ vom 23. Mai 2020, S. 18.

<sup>25</sup> Vgl. z.B. meine eigene schon etwas ältere Datensammlung: Gert Krell, *Dokumentation zur Menschenrechtssituation in den von Israel besetzten Gebieten*, Hofheim 2010. Die Dokumentation steht noch auf meiner Webseite: gert-krell.de, dort unter „Papiere“.

davon, ob er der Definition des Internationalen Strafgerichtshofs von 2002 entspricht. Das gestehen übrigens auch einige von Mbembes Kritikern zu.

Ob dieser Vergleich analytisch trägt und ob es politisch klug ist, ihn zu verwenden, kann man kontrovers diskutieren. Immerhin wird der Begriff teilweise wie selbstverständlich auch in der israelischen Fachliteratur benutzt, so z.B. in der Studie des Geographen Elisha Efrat, der die Infrastruktur in der West Bank schon seit langem als ein „uniquely Israeli system of separation and apartheid“ bezeichnet, „making permanent the separation of neighboring communities divided on ethnic grounds, in an area where most of the land has been taken away for the benefit of a dominant minority.“<sup>26</sup> Und im Sommer 2020 warnten viele ehemalige Spitzenpolitiker in Israel, wenn Netanjahus Nahostplan mit weiteren Annexionen palästinensischer Gebiete Realität würde, sei das „mit Apartheid vergleichbar“.<sup>27</sup> In jedem Fall aber wäre als eine wichtige Differenz auf den Unterschied im Menschenbild zu verweisen. Gewiss hat es auch im Zionismus die üblichen paternalistischen Haltungen gegenüber den „Eingeborenen“ und vielfach auch klassische europäische Arroganz gegenüber „den Arabern“ gegeben, aber „Minderwertigkeit“ der Palästinenser war nie Teil der israelischen Staatsdoktrin. Im Vergleich Israels mit dem alten Südafrika kann man also, wenn man will, ein Indiz für Israelfeindlichkeit sehen, einen Beleg für Antisemitismus vermag ich darin jedoch nicht zu erkennen.

Achille Mbembe geht freilich noch zwei Schritte weiter. Einmal betont er die erhebliche technische „Verbesserung“, z.B. durch Miniaturisierung, der modernen israelischen Kontrollgewalt im Vergleich zu den „primitiven Maßnahmen“ des südafrikanischen Apartheidregimes von 1948 bis Anfang 1980. Zum zweiten meint er, die Metapher der Apartheid reiche nicht aus, um das israelische Trennungsprojekt zu erfassen, denn es ruhe auf einem „recht einzigartigen metaphysischen und existenziellen Sockel“. Und weiter heißt es: „Die darunter liegenden apokalyptischen Ressourcen und Katastrophen sind weitaus komplexer und geschichtlich viel tiefer verwurzelt als alles, was den südafrikanischen Calvinismus möglich machte.“<sup>28</sup> Wie aus anderen Formulierungen von Mbembe hervorgeht, in denen er vom Zyklus Täter > Opfer > Täter spricht, in dem die Opfer irgendwann selbst zu Tätern werden, spielt er hier offenbar

<sup>26</sup> Elisha Efrat, *The West Bank and Gaza Strip: A Geography of Occupation and Disengagement*, New York 2006, S. 80-82.

<sup>27</sup> Alexandra Förderl-Schmid, *Der dritte Anlauf: Israel wählt erneut und Benjamin Netanjahu wirbt mit Trumps Nahostplan*, SZ vom 28. Februar 2020, S. 9; ähnlich äußerten sich hochrangige europäische Politiker und ehemalige Minister, vgl. den Abdruck der Stellungnahme bei [jrbernstein.de/blo-1/2020/2/27/groe/sorge-berdenus-plan-den-israelisch-palstinensischen-konflikt-zu-lsen](https://www.jrbernstein.de/blo-1/2020/2/27/groe/sorge-berdenus-plan-den-israelisch-palstinensischen-konflikt-zu-lsen). Siehe auch Shimon Stein/Moshe Zimmermann, *Israel will Teile der Palästinensergebiete annectieren: Deutschland muss endlich den Munde aufmachen*, Der Tagesspiegel vom 8. Juni 2020.

<sup>28</sup> Mbembe, *Politik*, S. 85.

auf einen Zusammenhang zwischen der jüdischen Holocaust-Erfahrung und der vielfach sehr harten Haltung Israels im Nahost-Konflikt an.<sup>29</sup> Die Literatur, die Mbembe dazu angibt, erschien Jürgen Kaube wieder verdächtig, weil BDS-nah, aber hier ließen sich zahlreiche Studien israelischer Psychologen oder Sozialwissenschaftler finden, die theoretisch wie empirisch Überblendungen der jüngeren israelischen Konflikterfahrungen mit dem Holocaust belegen, in denen die Araber zu Nazis werden und Arafat zu Hitler. Daraus ein „Tätervolk“ zu machen, wie es bei Mbembe anklingt, begründet dann aber doch einen möglichen Verdacht auf Antisemitismus; zumal wenn man, wie Mbembe das tut, die realen Bedrohungen Israels und die antisemitischen, teilweise sogar eliminatorischen Formulierungen in Dokumenten und Äußerungen von Führungspersonal im Iran oder im arabischen Meinungsspektrum ignoriert. Schließlich darf man nicht vergessen, dass Amin al-Husseini, einer der maßgeblichen palästinensischen Politiker in der Mandatszeit und einer der Führer des palästinensischen Aufstands von 1936-39, ein wütender Antisemit war und sich nach dem Scheitern des Aufstands nach Berlin abgesetzt hat, sich von den Nazis aushalten ließ und über den Rundfunk antisemitische Hetzreden in die arabischen Länder verbreitet hat.<sup>30</sup>

Zum Thema der verhängnisvollen Prägung durch kollektive Traumata gibt es seriöse Literatur in Israel selbst<sup>31</sup> und besonnene Reaktionen auch von anderen antikolonialen Denkern im „Süden“. Die tiefste Empathie auf der arabischen Seite für das israelische Holocaust-Syndrom zeigt Sari Nusseibeh, einer der großen palästinensischen Intellektuellen und Pazifist. Er verbindet diese Empathie mit einer positiv gewendeten Resignation, denn er war zumindest zeitweise bereit, auf alle politischen Rechte der Palästinenser, die über kommunale Selbstverwaltung hinausgehen, zu verzichten, wenn ihnen dafür ihre übrigen bürgerlichen Menschenrechte gewährt würden.<sup>32</sup> Anders, aber auf derselben Grundlage hatte vorher schon der Pakistani Eqbal Ahmad argumentiert, der mit Edward Said und Rashid Khalidi bekannt war und

<sup>29</sup> A.a.O., S. 76 (der Teufelskreis des Hasses).

<sup>30</sup> Mathias Küntzel, der sich mehrfach zu diesem Thema geäußert hat, sieht im arabischen Antisemitismus und in der Kollaboration mit Nazi-Deutschland den entscheidenden Grund für den Nahost-Konflikt, vgl. jetzt *Nazis und der Nahe Osten: Wie der islamische Antisemitismus entstand*, Leipzig 2019. Ich teile diese Einschätzung nicht, siehe Gert Krell, *History and Responsibility: Shadows from the Past in German-Israeli Relations*, in: Alfred Wittstock (Hrsg.), *Rapprochement, Change, Perception and Shaping the Future: 50 Years of German-Israeli and Israeli-German Diplomatic Relations*, Berlin 2016, S. 55-92, hier S. 73-81; vgl. auch die kritische Besprechung zu Küntzel von René Wildangel, *Eine Achse der anderen Art*, [www.sueddeutsche.de/politik/ns-geschichte-eine-achse-der-anderen-art-1.4909779](http://www.sueddeutsche.de/politik/ns-geschichte-eine-achse-der-anderen-art-1.4909779), oder die Gesamtdarstellung von David Motadel, *Islam and Nazi Germany's War*, Cambridge, Mass. – London 2014 (deutsch *Für Prophet und Führer: Die islamische Welt und das Dritte Reich*, Stuttgart 2017).

<sup>31</sup> Als Beispiele nenne ich hier Esther Benbassa, *Suffering as Identity: The Jewish Paradigm*, London-New York 2010, Idith Zertal, *Israel's Holocaust and the Politics of Nationhood*, Cambridge-New York 2011, oder Avraham Burg, *Hitler besiegen: Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss*, Frankfurt/New York 2009. Sehr eindringlich jetzt Omri Boehm, *Israel – Eine Utopie*, Berlin 2020.

<sup>32</sup> Sari Nusseibeh, *Ein Staat für Palästina? Plädoyer für eine Zivilgesellschaft in Nahost*, München 2011.

dem die PLO schon vor 1982 den Auftrag gegeben hatte, ihre Strategie zu bewerten.<sup>33</sup> Ahmad war nicht prinzipiell gegen den bewaffneten Kampf für antikoloniale Befreiung, kritisierte aber die PLO für ihre mangelnde Effektivität und ihre oft kontraproduktive Praxis. Noch wichtiger aber war sein zentraler politischer Einwand: Er stellte ernsthaft in Frage, ob der bewaffnete Kampf im konkreten Fall, nämlich gegen Israel, der richtige Weg sei. Angesichts der jüdischen Geschichte, insbesondere im 20. Jhdt., verstärkte die Anwendung von Gewalt nur das vorgelagerte und alles überwältigende Gefühl in Israel, Opfer zu sein; zugleich einige sie die israelische Gesellschaft, verstärkte sie die militantesten Tendenzen im Zionismus und fördere sie die Unterstützung für Israel von außen. Die PLO war von dieser Analyse nicht begeistert, obwohl sie sich schon auf den Weg zur Abkehr vom bewaffneten Kampf begeben hatte. Die weitere Geschichte des Konflikts hat Ahmad bestätigt: Die Palästinenser waren nie politisch so erfolgreich wie mit der ersten, fast gänzlich gewaltfreien Intifada.

Schade, dass Mbembe diese Interpretationen nicht aufgegriffen hat. Stattdessen münden seine insgesamt eher kurzen Ausführungen zu Israels Trennungsprojekt gegenüber den Palästinensern in eine abschließende Zuspitzung, der zufolge die „fanatische Zerstörungsdynamik“ (sic) Israels darauf abziele, „das Leben der Palästinenser in einen Trümmerhaufen und einen zur Entsorgung bestimmten Berg aus Müll zu verwandeln“.<sup>34</sup> Hier lädt Mbembes Sprachgewalt geradezu dazu ein, auf Antisemitismus zu erkennen. Da er ohnehin ständig von Vernichtungsphantasien (nicht nur in Israel, sondern im Westen überhaupt) redet, darf er sich nicht wundern, dass man bei dieser Formulierung einen Genozid-Vorwurf assoziiert. Im Gegensatz zum deutschen oder türkischen Nationalismus war der Zionismus als jüdische Variante des Nationalismus jedoch nie genozidal. Dass Israel enorme reale Trümmerhaufen (z.B. in Beirut 1982 oder im Gaza-Streifen 2014) und viele Tote zu verantworten hat, deren Zahl in den verschiedenen gewalttätigen Auseinandersetzungen im Nahen Osten oft deutlich über den eigenen Verlusten liegt,<sup>35</sup> bleibt unbestritten, rechtfertigt aber nicht die Rede von der Vernichtungspolitik, die wieder an den Terror der Nazis erinnert. Es gäbe auch andere Möglichkeiten, die Perspektive derjenigen einzunehmen, die einem Siedlungskolonialismus weichen mussten und von ihm in Ostjerusalem und der West Bank immer noch be- und verdrängt werden.<sup>36</sup>

---

<sup>33</sup> Das Folgende nach Rashid Khalidi, *The 100 Years' War On Palestine*, London 2020, S. 179-180.

<sup>34</sup> Mbembe, *Politik*, S. 86

<sup>35</sup> Dazu mit vielen Beispielen und empirischen Details Khalidi, *The 100 Years' War*. Khalidi, der zeitweise an der amerikanischen Universität gelehrt hat, lebte 1982 in Beirut und hat die dramatischen Zerstörungen durch die israelische Luftwaffe und Armee vor Ort miterlebt.

<sup>36</sup> Einschlägig dazu u.a. Idith Zertal/Akiva Erdal, *Die Herren des Landes*, Stuttgart 2007, oder David Shulman, *Dark Hope: Working for Peace in Israel and Palestine*, Chicago und London 2007; bedrückende Beispiele auch bei Nir Baram, *Im Land der Verzweiflung: Ein Israeli reist in die besetzten Gebiete*, München 2016.

Israel gegenüber überschreitet Achille Mbembe also die Grenze zur Dämonisierung. Freilich singularisiert er Israel nicht (Kriterium Nr. 6); er kritisiert und dämonisiert ja alle anderen westlichen Demokratien auch. Deshalb bleibe ich mit dem Vorwurf des Antisemitismus vorsichtig; Feindseligkeit gegenüber Israel lässt sich aber nicht leugnen. Außerdem gibt es von Mbembe Äußerungen, die Israel durchaus als einen besonderen Übeltäter herausstellen. Man kann die Besatzung der West Bank und die Blockade von Gaza als einen großen Skandal bezeichnen, aber doch wohl nicht als die „stärkste dehumanisierende Tortur des Jahrhunderts, in dem wir leben, und die größte Feigheit des letzten halben Jahrhunderts“.<sup>37</sup> Da gäbe es eine Reihe von anderen „Torturen“ zu nennen wie den schon erwähnten Völkermord in Ruanda, den Krieg zwischen Iran und Irak, den Krieg zwischen den USA plus Verbündeten gegen den Irak, den anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien mit russischer und iranischer Beteiligung, den Bürgerkrieg im Jemen mit iranischer und arabischer Beteiligung, die chinesischen Umerziehungslager für Uiguren oder den Terror des Islamischen Staates.

#### **4. Deuten Mbembes Sympathien für BDS auf Antisemitismus?**

Wie steht es mit Mbembes Sympathien für die BDS-Bewegung, der zweiten Quelle für den Vorwurf antisemitischer Einstellungen?<sup>38</sup>

Bei BDS – das Kürzel steht für Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen – handelt es sich um eine 2005 aus der palästinensischen Zivilgesellschaft heraus gegründete Bewegung, die Israel unter Verzicht auf physische Gewalt unter Druck setzen will, damit es aufhört, die Rechte der Palästinenser zu verletzen. Die drei zentralen Forderungen sind: (1) die Beendigung der seit 1967 fortdauernden Besatzung des Westjordanlandes und die Aufhebung der Blockade Gazas, (2) die Gleichstellung der arabisch-stämmigen Einwohner im israelischen Kernland, (3) die Anerkennung des Rechtes der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre ursprüngliche Heimat. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, propagiert die Bewegung Maßnahmen wie Boykott, den Abzug ausländischer Investitionen, und Sanktionen. BDS wird von einer großen Mehrheit zivilgesellschaftlicher Organisationen und Parteien in den palästinensischen Gebieten getragen und hat international einen breiten heterogenen Kreis von Unterstützern gewonnen.

---

<sup>37</sup> Das Zitat stammt aus einem Vorwort Mbembes zu einem Sammelband von John Soske/Sean Jacobs (Hrsg.), *Apartheid Israel: The Politics of an Analogy*, Chicago 2015; vgl. auch Mangold, *Wie rassistisch ist der Westen?*, der Mbembes „Hass auf Israel“ in sein statisches Geschichtsbild integriert, in dem „die Sklaverei dasselbe ist wie Kolonialismus, der Kolonialismus dasselbe wie die Apartheid und die Apartheid nicht zu unterscheiden vom Neoliberalismus und der Demokratie.“

<sup>38</sup> Die rein faktischen Informationen zu BDS (kleiner gesetzt) habe ich weitgehend in wörtlicher Anlehnung aus einer Stellungnahme von 16 Kolleginnen und Kollegen, allesamt ExpertInnen für den Nahost-Konflikt, zum BDS-Beschluss des Bundestages entnommen ([www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/israel-boykott-bds-antisemitismus-meinungsfreiheit-bundesregierung/komplettansicht](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/israel-boykott-bds-antisemitismus-meinungsfreiheit-bundesregierung/komplettansicht)). Vgl. auch Muriel Asseburg, *Die deutsche Kontroverse um die BDS-Bewegung*, in: Benz, *Streitfall Antisemitismus*, S. 284-298. Beide Quellen enthalten zahlreiche Belege. Meine eigenen, sich daran anschließenden Ausführungen konzentrieren sich auf die unterstellten antisemitischen Konnotationen in den zentralen BDS-Forderungen.

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai 2019 mehrheitlich einen Antrag der Großen Koalition, der Grünen und der FDP beschlossen mit der Zielsetzung: „der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“. Die Begründung für den Beschluss war, Argumentationen und Methoden der BDS-Bewegung seien Ausdruck von Hass auf Juden und damit antisemitisch. Als Konsequenz beschloss das Parlament, BDS keine Räumlichkeiten unter Bundestagsverwaltung mehr zur Verfügung zu stellen, und forderte es die Regierung auf, keine BDS-Veranstaltungen zu unterstützen und keine Aktivitäten oder Projekte zu fördern, die zum Boykott Israels aufrufen oder mit der BDS-Bewegung aktiv sympathisieren. Von den Ländern, Städten, Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen erwartet es, dass sie sich dieser Haltung anschließen. (Schon vor diesem Beschluss gab es keinerlei öffentliche Förderung oder Unterstützung für BDS.)

Die Zustimmung zu diesem Antrag war keineswegs einhellig, vor allem Außenpolitiker der Regierungsfractionen und der Grünen gaben ihre Unzufriedenheit zu Protokoll. Außerdem kam Widerspruch von 16 renommierten deutschen Nahost-Experten, die sich gegen die pauschale Verurteilung der BDS-Bewegung wandten. Auch jüdische und israelische Akademiker, darunter bekannte Holocaust-Forscher, lehnten die Gleichsetzung von BDS mit Antisemitismus ab und betonten – unabhängig von ihrer jeweiligen persönlichen Haltung – das Recht jedes Einzelnen, BDS zu unterstützen. Es gibt eine Reihe von Belegen dafür, dass sich unter den Anhängern der Bewegung, die keine Mitgliederlisten hat, auch Antisemiten finden. Der entsprechende Vorwurf wäre aber, so haben auch deutsche Gerichte wiederholt entschieden, immer im Einzelnen zu belegen; Sympathien für oder Kooperation mit BDS allein könnten das Etikett „antisemitisch“ nicht begründen.<sup>39</sup> Sprecher von BDS haben sich mehrfach von antisemitischen Einstellungen distanziert.

Häufig wird argumentiert, die Anerkennung eines Rückkehrrechts für die palästinensischen Flüchtlinge komme einer Verneinung des Existenzrechts Israels gleich. Das ist eine voreilige Schlussfolgerung. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die (quasi-)offizielle palästinensische Seite in allen großen Nahost-Friedensverhandlungen mit Israel auf der Anerkennung dieses Rechts bestanden hat; eine Anerkennung, die übrigens bis heute durch UN-Resolutionen gedeckt ist. So haben selbst die USA im Einklang mit der UNO in der Frühzeit des Staates Israel intensiv, wenn auch ohne Erfolg über die Rücknahme palästinensischer Flüchtlinge verhandelt, die von Israel im ersten Nahost-Krieg 1948-49 ohne völkerrechtliche Rückendeckung vertrieben worden waren. Die konkrete Umsetzung dieser Forderung wäre immer Gegenstand von Verhandlungen gewesen, wozu es bislang nur in allerersten und weitgehend ergebnislosen Ansätzen gekommen ist. Mustafa Barghouti, der Vorsitzende der Partei Paläs-

---

<sup>39</sup> Vgl. dazu Lothar Zechlin, *Israelkritik gleich Antisemitismus?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 65:2 (2020), S. 103-111.

tinensische Nationale Alternative, hat diese Differenzierung 2019 in einem Interview der taz bestätigt.<sup>40</sup> Auch BDS postuliert keineswegs, dass die einzig mögliche Umsetzung des Rechts durch die tatsächliche Rückkehr aller Flüchtlinge nach Israel erfolgen müsse.<sup>41</sup>

Ganz abgesehen davon, dass einige Vertreter von BDS auch schon erklärt haben, das Ziel, die Besetzung und Kolonisierung zu beenden, beziehe sich lediglich auf die 1967 von Israel besetzten Gebiete, ist der Vorwurf aber auch deshalb problematisch, weil er andere Optionen für eine Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern als die Zweitstaatlichkeit (oder die Fortsetzung der jetzigen halbkolonialen Konstellation) gleichsetzt mit der von arabischen oder iranischen Extremisten auch heute noch immer wieder erhobenen Forderung nach Beseitigung der politischen oder gar der physischen Präsenz von Juden im ehemaligen Palästina überhaupt. Unter BDS-Anhängern oder Sympathisanten ist offenbar das Konzept eines binationalen gemeinsamen Staates mit gleichen Menschen- und Bürgerrechten eine verbreitete Vision. Man mag diese Perspektive für unrealistisch halten, weil sie einer zentralen Prämisse der zionistischen Staatsgründung zuwider liefe; antisemitisch ist sie aber sicher nicht. So fragt Barghouti in dem schon erwähnten Interview zurück, welche Option denn den Palästinensern, die nach wie vor mehrheitlich für eine Zweistaatenlösung einträten, außer einer Einstaatlichkeit *ohne* Apartheid noch bleibe, wenn die Alternative die kommende Einstaatlichkeit *mit* Apartheid sei.<sup>42</sup>

Der Bundestagsbeschluss gegen BDS und andere deutsche Kritiker der BDS-Bewegung weisen außerdem darauf hin, der Boykott von israelischen Waren oder von Auftritten israelischer Wissenschaftler und Künstler sei auch deshalb ein Beleg für eine antisemitische Einstellung, weil er sich in eine Tradition mit der „Kauft nicht bei Juden“-Kampagne der Nazis stelle. Dieser Vergleich ist nicht nur deshalb problematisch, weil es sich nicht um eine Kampagne, nicht bei Juden zu kaufen, sondern eine Kampagne gegen die Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern handelt. Er ist letztlich sogar demagogisch, weil er den hoch bewaffneten Staat Israel, der wiederholt gezeigt hat, dass er sich mit Entschiedenheit zu wehren weiß, mit einer im Verhältnis zur herrschenden Mehrheitsgesellschaft kleinen, unbewaffneten, völlig unschuldigen, politisch kaum noch handlungsfähigen, also alles in allem wehrlosen Gruppe

---

<sup>40</sup> *Palästinensischer Politiker über Nahost: „Ein-Staat-Lösung mit Apartheid“*, taz vom 5. Juli 2019.

<sup>41</sup> Zu Regelungsmöglichkeiten vgl. Muriel Asseburg/Jan Busse, *Der Nahostkonflikt – Geschichte Positionen, Perspektiven*, München 2018, Kap. III.

<sup>42</sup> Zu demokratischen Optionen jenseits einer Zweistaatlichkeit, die nicht mehr zu realisieren sei, vgl. jetzt Omri Boehm, *Israel – eine Utopie*, Berlin 2020; vgl. auch Alexandra Förderl-Schmid, *Territorial nicht mehr teilbar: Omri Boehm und Reiner Bernstein nehmen Abschied von der Zwei-Staaten-Lösung und fordern Neues*, SZ vom 6. Juli 2020, S. 12; siehe auch weiter unten S. 24-25.



von Juden in Deutschland gleichsetzt, die gegen die immer gewaltsamere Ausgrenzung durch eine diktatorische Gewaltherrschaft mit Massenanhang nicht den Hauch einer Chance hatte.

Ob die Verweigerung jeglicher politischer, wissenschaftlicher oder künstlerischer Kontakte mit Israelis politisch klug oder auf einer allgemein menschlichen Ebene überhaupt vertretbar ist, steht auf einem anderen Blatt. Ich selbst halte eine explizite Boykott-Strategie gegenüber Israel weder für moralisch zu rechtfertigen noch für politisch sinnvoll. Ein Boykott gegenüber allen Israelis nimmt die gesamte Bevölkerung in Geiselhaft für die Politik eines Teils ihrer Führung; in einem emphatischen Sinne wäre er deshalb schon nicht mehr gewaltfrei. Unklug ist er aus den Gründen, die ich schon unter Berufung auf Intellektuelle aus dem „Süden“ wie Nusseibeh oder Ahmad genannt habe. Auch Assoziationen, die realpolitisch nicht berechtigt sind, haben emotionale und damit politische Auswirkungen. Und Boykott gegenüber allen und jedem bedeutet Kontakt- und Gesprächsverweigerung sowie verhärtete Feindbilder und fördert die Fixierung auf den Konflikt auf beiden Seiten. Dass die *deutsche Politik* vor dem Hintergrund der Shoah nicht für einen Boykott gegen Israel oder seine Vertreter eintreten kann, ist ohnehin selbstverständlich. Freilich hat sich auch Deutschland im Rahmen der EU und im Einklang mit Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zur Differenzierung zwischen dem Umgang mit Israel einerseits und mit israelischen Einrichtungen in den besetzten Gebieten andererseits verpflichtet, was sich z.B. in der Herkunftskennzeichnung von Waren aus den besetzten Gebieten äußern könnte – von Kritikern gelegentlich als „Gelber Stern“ bezeichnet. Gerade auf diese Unterscheidung aber verzichtet der Bundestagsbeschluss. Damit kommt er der Politik der nationalistischen Parteien in Israel entgegen, die versuchen, die sogenannte Grüne Linie zwischen Israel und den besetzten Gebieten weiter aufzuweichen, und die schleichende Annexion des Westjordanlandes vorantreiben wollen. Zugleich versucht das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten seit längerem, Kritik an israelischer Regierungspolitik pauschal als antisemitisch zu diskreditieren und Kritiker einzuschüchtern, und zwar sowohl in Israel selbst als auch im Ausland.<sup>43</sup>

Für die Kontroverse um Achille Mbembe ergibt sich daraus, dass seine Sympathien für BDS allein, egal ob er sie unter dem Druck der Anschuldigungen modifiziert hat oder nicht, kein Beleg für antisemitische Einstellungen sind. Die müssten gesondert nachgewiesen werden, was ich ja ausführlich geprüft habe. Dass Mbembe offenbar nicht nur Kontakte mit israelischen WissenschaftlerInnen ablehnt, sondern in einem Fall eine Universität in Südafrika sogar dazu aufgefordert hat, die allgemein hochgeschätzte israelische Psychologieprofessorin und

---

<sup>43</sup> Hier berufe ich mich wieder auf die Stellungnahme der 16 deutschen Nahost-ExpertInnen, aber auch auf Erfahrungen in meinem eigenen persönlichen Umfeld.

Friedensaktivistin Shifra Sagy zusammen mit ihrem palästinensischen Projektpartner, die beide schon eingeladen waren, wieder auszuladen, ist dann aber doch mehr als ein grober Affront, der sich gegen eine Jüdin richtet, nur weil sie Israelin ist. Hier zeigt sich die Schattenseite von BDS mit dem offenbar gerade in Südafrika weit verbreiteten generellen Wissenschaftsboykott, der nicht mehr zwischen Israelis und der Besatzung oder ihrer Rechtfertigung differenziert. Frau Sagy hat sich übrigens zur diesem Vorfall von 2018 kürzlich wie folgt geäußert: „Mbembe sollte nicht so behandelt werden, wie er uns behandelt hat.“<sup>44</sup>

## 5. Noch einmal: Israel und die zwei großen moralischen Narrative des 20. Jhdts.

Ich habe noch auszuführen, warum ich mich gleichwohl bei den öffentlich vorgetragenen Einwänden und Maßnahmen gegen Achille Mbembe, bei der Generalkritik gegenüber BDS und beim Israelkritikern gegenüber oft zu schnell erhobenen Vorwurf des Antisemitismus unwohl fühle. Zum einen sehe ich hier Anzeichen für eine Ersatzhandlung. Während BDS in Deutschland nach Einschätzung des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus eine zu vernachlässigende Größe ist, nehmen hierzulande antisemitische Straftaten von deutschstämmigen Rechtsradikalen deutlich zu. Und in Meinungsumfragen konnte man schon über Jahrzehnte je nach Kontext bis zu 50 Prozent Zustimmung zu der Aussage bekommen, das was die Israelis mit den Palästinensern machten, sei auch nichts anderes als das, was die Nazis mit den Juden gemacht hätten. Der erst kürzlich verstorbene und allseits, auch von mir, hoch geschätzte Norbert Blüm hatte im Januar 2009 in einer *hart aber fair* Sendung unter Berufung auf die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus die israelischen Menschenrechtsverletzungen im damaligen Gaza-Krieg, den er einen Vernichtungskrieg nannte, heftig verurteilt. Als ihn Talkmaster Frank Plasberg darauf hinwies, dass das ein unzulässiger Vergleich sei, hielt Blüm daran fest. Die unterschwellige Botschaft war ziemlich eindeutig: Wir Deutschen haben unsere Lektion aus dem Holocaust gelernt, es wird Zeit, dass Israel (die Juden?) das auch tut (tun). Ich kann mich nicht an Sanktionen gegen Norbert Blüm erinnern.<sup>45</sup>

Oder kann sich irgendetwas vorstellen, dass ein deutscher politischer Beamter Günter Grass 2012 wegen seines völlig missratenen politischen Gedichts zu der schweren Nahost-Krise um die iranische Nuklearrüstung öffentliche Räume verboten hätte, weil dieses Gedicht tatsächlich eine Reihe mehr oder weniger offener antisemitischer und antiisraelischer Klischees be-

<sup>44</sup> Siehe das Interview mit Frau Sagy, Die WELT vom 15. Mai 2020 ([www.welt.de/politik/ausland/article207972035/Antisemitismus-Vorwuerfe-Professorin-Shifra-Sagy-ueber-den-Fall-Mbembe.html](http://www.welt.de/politik/ausland/article207972035/Antisemitismus-Vorwuerfe-Professorin-Shifra-Sagy-ueber-den-Fall-Mbembe.html)).

<sup>45</sup> Ich habe selbst im April 2009 in der Jüdischen Zeitung, einer kleinen Monatszeitung, die nur kurze Zeit bestanden hat, darauf hingewiesen; vgl. auch Krell, *History and Responsibility*, S. 55.

diente? Gewiss wurde das Gedicht in der Qualitätspresse und von den Fachleuten kritisiert, aber es bekam auch viel Zustimmung in der Öffentlichkeit.<sup>46</sup>

Zum zweiten richte ich die Frage an alle Kritiker überzogener Kritik an Israel, was denn ihre ständigen sanfteren Empfehlungen, Ratschläge oder Mahnungen erreicht haben. In über 50 Jahren ist es Israels Freunden und Verbündeten nicht gelungen, seinen Siedlungskolonialismus zu zügeln, wenn sie ihn nicht sogar offen unterstützt haben. So wäre vielleicht doch auch das offizielle Bild vom Nahost-Konflikt zu überprüfen, um Deutschlands Beziehung zu Israel unter den im Lande selbst und in der Region erheblich veränderten Verhältnissen weiterhin auf eine gesicherte und dauerhafte Basis zu stellen.<sup>47</sup> Israel ist ein weltweit anerkannter Staat und hat als solcher wie alle anderen ein selbstverständliches Recht darauf, in Sicherheit zu leben. Israel ist außerdem aus einem Zufluchtsort für diskriminierte oder verfolgte Juden und für Überlebende des Holocaust entstanden bzw. dazu geworden. Übrigens auch, was die arabische Seite gerne verdrängt, für eine große Zahl von Juden, die wegen des Nahost-Konflikts aus arabisch oder islamisch geprägten Ländern in Nordafrika oder im Orient ausgewandert sind oder entschädigungslos vertrieben wurden. Und drittens ist Israel ein Staat, der aus einem Siedlungskolonialismus hervorgegangen ist und der bislang nicht erkennen lässt, ob und wann er sein Kolonisationsprojekt abschließen will.

Aus diesen drei Dimensionen ergeben sich widersprüchliche Anforderungen an Deutschland. Seit der Rede von Kanzlerin Angela Merkel in der Knesset vom 18. März 2008 gilt die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsraison. Ganz abgesehen von der Ausgestaltung dieser Maxime und möglicher Kontroversen darüber stellt sich dabei aber doch die Frage, welches Israel damit konkret gemeint ist, geographisch und politisch. Nach allgemeinem Verständnis gilt die deutsche Staatsraison nur für das israelische Kernland in den Grenzen von vor 1967. Wie unterscheidet Deutschland dann zwischen der Unterstützung des Kernlandes und dessen Sicherheit und den inzwischen annektierten und den noch nicht annektierten, aber besetzten Gebieten, zum Beispiel bei der Kooperation mit Israel beim Import von Waffen und der Nutzung von Kampfformen, die in den besetzten Gebieten erprobt wurden? Wie bei den wirtschaftlichen oder kulturellen Beziehungen? Nicht einmal aus dem Holocaust ergeben sich widerspruchsfreie Konsequenzen für Deutschlands Haltung gegenüber Israel. So hat der israelische Autor und Regisseur Etgar Keret einmal darauf hingewiesen, die Deutschen seien ge-

---

<sup>46</sup> Zur Analyse und Kritik von Grass' Gedicht vgl. Gert Krell/Harald Müller, *Noch ein Krieg im Nahen Osten? Zum misslungen Anstoß von Günter Grass zu einer überfälligen öffentlichen Debatte*, HSFK Report 2/2012, Frankfurt am Main 2012.

<sup>47</sup> Zu den Herausforderungen für die deutsche Debatte, die sich aus veränderten Konstellationen ergeben, vgl. Omri Boehm, *Neue Freunde: Netanjahu, die AfD und der Antisemitismus – Warum es für liberale Deutsche so schwierig ist, über Israel zu reden*, SZ vom 27. Mai 2020, S. 9.

rade wegen des Holocaust verpflichtet, die Welt in einen sicheren Platz *für alle Menschen* zu verwandeln, nicht nur für Israelis. Es wäre sogar eine Art Missachtung der Holocaust-Toten, wenn er die Deutschen gegenüber Israel verstummen ließe. Moral bedeute nicht, höflich zu sein, sondern zu sagen, wenn etwas falsch sei.<sup>48</sup> Was aber folgt daraus für das deutsche Verhältnis zu den Palästinensern? Immerhin hat der bekannte und allseits geschätzte, 2016 verstorbene deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern das unter Palästinensern weit verbreitete Empfinden, sie seien indirekt Folgeopfer des Holocaust geworden, durchaus ernst genommen. In seinen Erinnerungen schreibt er:<sup>49</sup>

Der Holocaust hatte den zionistischen Anspruch auf einen jüdischen Staat, auf Israel, moralisch unausweichlich und zu einer physischen Notwendigkeit gemacht, aber die Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verloren, waren ebenfalls seine indirekten, nicht genügend anerkannten Opfer. Manche Israelis waren wegen der Erinnerung an den europäischen Massenmord unnachgiebig gegenüber der Außenwelt, besonders gegenüber den Arabern, und die Folgen für die Palästinenser nährten den Zorn der Araber – doch das Los der palästinensischen Flüchtlinge ließ die arabischen Länder praktisch ungerührt. Hass und Argwohn, die sich gegenseitig verstärkten, erfüllten Nordafrika und den Nahen Osten.

Aus diesem Zitat ergeben sich Verbindungen zu Mbembes Thesen über die Überblendungen des Nahost-Konflikts durch den Holocaust, die so viel Anstoß erregt haben. Wenn man sie bei Achille Mbembe nicht ohne Verdacht auf Antisemitismus lesen will, dann aber doch bei Fritz Stern. Noch mehr Verbindungen zu Mbembes anstößigen Passagen finden sich freilich in der dritten Dimension im Verhältnis zwischen Deutschland und Israel, denn ganz im Sinne seiner Analysen wird auch im Falle Israels im Westen, vor allem in den USA, aber auch in Deutschland, der kolonialistische Aspekt gerne klein geredet oder ganz verleugnet.<sup>50</sup> So war in der deutschen Kontroverse um Mbembes antisemitische Aussagen erst kürzlich wieder zu lesen, Israel könne gar kein Kolonialstaat sein oder gewesen sein, weil es kein koloniales Mutterland gab.<sup>51</sup> Das wussten aber die Zionisten auch und deshalb haben sie nicht nur ihre eigene Siedlungsbewegung gegründet, sondern sich – aus verschiedenen Gründen sehr erfolgreich – auch um etablierte Kolonialstaaten als Verbündete bemüht. Dann heißt es gelegentlich, Israel sei kein Kolonialisationsprojekt gewesen, weil es sich doch um eine Rückkehr in früher schon von Juden besiedeltes Land gehandelt habe. Auch das ist ein fragwürdiges Argument, ganz abgesehen davon, ob sich über so große Zeiträume überhaupt eine ethnonationale Kontinuität begründen lässt.<sup>52</sup> Eine Staatenordnung als Rechtsordnung würde an territorialen

<sup>48</sup> Frankfurter Rundschau vom 17. März 2008, S. 16.

<sup>49</sup> Fritz Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben: Erinnerungen*, 6. Aufl., München 2007, S. 441.

<sup>50</sup> Vgl. dazu auch den eindringlichen Kommentar von Omri Boehm, „Ganz einfach unerwähnt“: *Wer Frieden in Israel will, darf über die Vertreibungen der Palästinenser nicht schweigen*“, SZ vom 7. September 2020, S. 9.

<sup>51</sup> Vgl. den Kommentar zur Kontroverse um Achille Mbembe von Stephan Grigat in der taz vom 10. Mai 2020.

<sup>52</sup> Vgl. dazu Shlomo Sand, *Die Erfindung des Jüdischen Volkes: Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand*, Berlin 2010.

Ansprüchen aus zurückliegenden Epochen zerbrechen, vor allem dann, wenn diese Territorien seit längerem von anderen Gruppen besiedelt sind. Als nach dem Ersten Zionistischen Kongress 1897 in Basel die Wiener Rabbis zwei Vertreter auf eine Art Fact-Finding Mission nach Palästina schickten, um Theodor Herzls Ideen zu sondieren, kableten diese nach Wien zurück: „Die Braut ist wunderschön, aber sie ist mit einem anderen Mann verheiratet.“<sup>53</sup>

Dass sich der Jischuw (die vorstaatliche jüdische Gemeinschaft in Palästina) schließlich gegen sein eigenes koloniales Quasi-Mutterland Großbritannien wandte und zum Rückzug aus Palästina zwang, hat ihm bzw. Israel zwar eine Zeitlang Sympathien bei der Sowjetunion und bei Ländern im „Süden“ eingebracht, die 1947 eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess der Vereinten Nationen für die Teilung gespielt haben. Aber die britische Mandatspolitik, die sich erst durch den heraufziehenden Krieg mit Nazi-Deutschland gegen die jüdische Einwanderung stellte, um die Araber an ihrer Seite oder jedenfalls still zu halten, bleibt eine zentrale Voraussetzung dafür, dass aus dieser Einwanderung ein eigener Staat werden konnte.<sup>54</sup> Man darf nicht vergessen, dass die (brutale) Niederschlagung des arabischen Aufstands durch Großbritannien die palästinensische Seite so stark geschwächt hat, dass sie am Ende trotz der späten und wenig effektiven Unterstützung durch arabische Armeen gegen die jüdische Nationalbewegung und dann Israel keine Chance mehr hatte. Außerdem ist die Wendung von Siedlungskolonien gegen ihr altes Mutterland oder entsprechende Schutzmächte bei weitem kein historischer Einzelfall.

Es führt kein Weg daran vorbei: Sowohl der historische Rückblick als auch die Selbstwahrnehmung und die Praxis des Zionismus verweisen auf die inzwischen eigentlich überlebte Figur des Siedlungskolonialismus. Ohne den Kolonialismus und Imperialismus der Großmächte und den von diesen Großmächten dominierten Völkerbund hätte es keine Grundlegung für einen jüdisch geprägten Staat im damaligen Palästina gegeben. Ich muss es hier bei einigen wenigen, aber doch eindeutigen Belegen belassen. So verweise ich für die amerikanische Unterstützung des zionistischen Programms auf einen Satz von Woodrow Wilson, dem (prozionistischen) Präsidenten der USA zur Zeit des Ersten Weltkrieges, der deutlich macht, mit welcher Selbstverständlichkeit Vertreter der sogenannten fortgeschrittenen Länder damals noch in den von Mbembe so eindringlich beschriebenen Kategorien von weißer Vorherrschaft über die weniger zivilisierten Völker dachten. Anlässlich einer Zusammenkunft mit führenden amerikanischen Zionisten, also im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen, bei denen

---

<sup>53</sup> Zitiert nach Avi Shlaim, *The Iron Wall: Israel and the Arab World*, London-New York 2000, S. 3 (meine Rückübersetzung aus dem Englischen).

<sup>54</sup> Vgl. dazu Rashid Khalidi, *The Iron Cage: The Story of the Palestinian Struggle for Statehood*, Boston, Mass. 2006.

es auch um das Erbe des Osmanischen Reiches gehen würde, teilte er am 2. März 1919 Stephen Wise mit: „Don't worry, Dr. Wise, Palestine is yours.“<sup>55</sup> (Stephen Wise, ein amerikanischer Rabbiner und führender Zionist, hat maßgeblich an der Formulierung der Balfour-Erklärung mitgewirkt; von 1918-1920 war er Vizepräsident der Zionist Organization of America.) Auf ähnliche Weise entlarvend ist ein Memorandum von Lord Balfour vom September 1919, das erst dreißig Jahre später veröffentlicht wurde – vom britischen Außenminister Arthur Balfour stammt die soeben genannte Erklärung von 1917, mit der Großbritannien den Zionisten zusicherte, den Aufbau einer „jüdischen Heimstätte“ und damit letzten Endes eines jüdischen Staates in Palästina nachhaltig zu unterstützen:<sup>56</sup>

The contradiction between the letter of the Covenant (der Völkerbundssatzung, GK) and the policy of the Allies is even more flagrant in the case of the “independent nation” of Palestine than in that of the “independent nation” of Syria. For in Palestine we do not propose even to go through the form of consulting the wishes of the present inhabitants of the country. The four great powers are committed to Zionism. And Zionism, be it right or wrong, good or bad, is rooted in age-long traditions, in present needs, in future hopes, of far profounder import than the desires and prejudices of the 700,000 Arabs who now inhabit that ancient land. In my opinion that is right.

David Ben-Gurion sah 1919 den grundlegenden Konflikt zwischen den Zionisten und den Arabern völlig klar, aber definierte ihn als eine nationale Frage. Jeder erkenne das Problem in den Beziehungen zwischen den Juden und den Arabern; aber nicht jeder erkenne, dass dieses Problem keine Lösung habe. Es gebe keine Lösung. Der Interessenkonflikt zwischen den Juden und den Arabern in Palästina könne nicht durch Scheinargumente gelöst werden. Er kenne keinen Araber, der damit einverstanden wäre, dass Palästina den Juden gehöre. Das sei eine nationale Frage. Die Juden wollten das Land für sich, und die Araber wollten das Land für sich.<sup>57</sup> Als einen klassischen Kolonialkonflikt, der die militärische Überlegenheit der jüdischen Siedler (für einen Staat im gesamten Cis- und Transjordanien übrigens) erforderte, hat dann Wladimir (Ze'ev) Jabotinsky, der Präsident der Revisionisten, einer Art Vorläufer des Likud, die Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Palästina in einem Beitrag mit dem Titel *The Iron Wall* interpretiert, der zuerst 1923 auf Russisch erschienen ist:<sup>58</sup>

<sup>55</sup> Mehr dazu bei Gert Krell, *Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt: Studie über demokratische Außenpolitik im 20. Jahrhundert*, HSKF-Report 14/2004, Frankfurt am Main 2004. Das Zitat von Wilson habe ich von Lawrence Davidson, *America's Palestine: Popular and Official Perceptions from Balfour to Israeli Statehood*, Gainesville-Tallahassee-Tampa 2001, S. 21 übernommen. Im Zionismus haben sich die USA schon damals positiv gespiegelt gesehen (die Palästinenser als eine Variante der „Indianer“); und zwar auch auf der religiösen Ebene (die Juden als Vorposten im „Heiligen Land“ gegen die Araber und den Islam), deren Fortsetzung man in Teilen der evangelikalischen Klientel der republikanischen Partei und damit auch bei Donald Trump findet.

<sup>56</sup> Ich zitiere das Memo nach Khalidi, *The 100 Years' War*, S. 38.

<sup>57</sup> Ich stütze mich hier auf Tom Segev, *Es war einmal ein Palästina: Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels*, München 2005, S. 129.

<sup>58</sup> Vladimir Jabotinsky, *The Iron Wall*, *The Jewish Herald* vom 4. November 1923, [www.jewish-virtuallibrary.org/quot-the-iron-wall-quot](http://www.jewish-virtuallibrary.org/quot-the-iron-wall-quot). Zu Jabotinsky, der Intellektueller und Schriftsteller war, sich politisch aber an

It is utterly impossible to obtain the voluntary consent of the Palestine Arabs for converting ‚Palestine‘ from an Arab country into a country with a Jewish majority. (...) I suggest that my readers consider all the precedents with which they are acquainted, and see whether there is one solitary instance of any colonization being carried on with the consent of the native population. There is no such precedent. The native populations (...) have always stubbornly resisted the colonists.

Es ist erstaunlich, wie wenig Differenzen sich zwischen diesen Selbstbeschreibungen auf der jüdischen Seite und einer Gesamteinschätzung der Mandatszeit durch einen der bekanntesten palästinensischen Historiker ergeben:<sup>59</sup>

For the Palestinians to accept such an idea (of a national home in Palestine for what they saw as another people, GK) in some form would certainly have removed or at least weakened the ludicrous but widely believed accusations that they were motivated by no more than anti-Semitism in their opposition to Zionism, rather than just being a colonized people trying to defend their majority status and achieve independence in their own country. (...) It is important to understand in his regard that Palestinians did not see Jewish immigrants to Palestine primarily as refugees from persecution, as they were seen by most of the rest of the world. They saw them instead as arrogant European interlopers, who did not accept that the Palestinians were a people or had national rights in their own country, believed that Palestine instead belonged to them and were coldly determined to make that belief into a reality.

Welche Konsequenzen für seine Außenpolitik gegenüber Israel und dem Nahost-Konflikt sollte Deutschland ziehen auf dem Hintergrund dieser komplizierten und widersprüchlichen Voraussetzungen? Eine einfache Antwort darauf wird es nicht geben, aber ich schlage vor, sich an einer Lageanalyse von Micha Brumlik zu orientieren. Der Vergleich zwischen den im Zuge des Kolonialismus entstandenen europäischen Staatsgründungen an der – von Europa aus gesehen – Peripherie und dem zionistischen Kolonisationsprojekt, das sich auf das symbolische Herz dreier Weltreligionen und einer bereits bestehenden Großmacht, des Osmanischen Reiches, bezogen habe, möge erklären, so schreibt er, warum – wiederum im Unterschied zu den Amerikas und Ozeanien – diese Staatsbildung ohne Zustimmung der dort ansässigen Gesellschaften nicht ein für allemal abgeschlossen werden könne. Das gelte umso mehr, als Israel gegründet wurde, als das Zeitalter des Kolonialismus mit der indischen Unabhängigkeit schon auf sein Ende zuing.<sup>60</sup> Akzeptiert man Brumliks Deutung als Grundlegung für eine dauerhafte Verregelung des Nahost-Konflikts, die ja im Sinne Israels wäre, dann müsste man auch der anderen Seite, deren Zustimmung man ja nicht einfach so voraussetzen kann, etwas anbieten. Der erste und wichtigste Teil eines solchen Angebots könnte sein, wenigstens einen Endpunkt des israelischen Siedlungsprozesses und der damit verbundenen Ausübung unge-

---

Mussolini, Salazar und Dollfuss orientierte und entschieden für den (europäischen) Kolonialismus eintrat, vgl. Shlomo Avineri, *Profile des Zionismus: Die geistigen Ursprünge des Staates Israel*, Gütersloh 1998, S. 187-213. Für Jabotinsky war übrigens selbstverständlich, dass auch Opfer Täter sein oder werden können, ebd., S. 191-192; das war Teil seiner politischen Erfahrungen in Osteuropa und seines „realistischen“ und machtorientierten Weltbildes.

<sup>59</sup> Rashid Khalidi, *The Iron Cage*, S. 120-121.

<sup>60</sup> Micha Brumlik, *Kritik des Zionismus*, Hamburg 2007, S. 146 und 148.

rechter Herrschaft in Aussicht zu stellen mit der Perspektive eines bekräftigten wechselseitigen Gewaltverzichts und weiterer Verhandlungen über eine echte Zwei-Staaten-Lösung. Und wenn diese Lösung nicht mehr möglich ist, dann wären – auch von Deutschland (und Europa) – andere demokratische Optionen ins Spiel zu bringen.

Die schon erwähnte Utopie Omri Boehms zielt auf eine Konföderation zweier binationaler Staaten, für die er Anknüpfungspunkte im frühen Zionismus findet; nicht nur bei Brit-Schalom, einem Friedensbund deutschsprachiger jüdischer Intellektueller, sondern sogar bei Theodor Herzl und Wladimir Jabotinsky selbst; vor allem aber beim Begin-Plan von 1977, dem die Knesset sogar mehrheitlich zugestimmt hat. In diesem Entwurf, allerdings für ein demokratisches Groß-Israel, hieß es immerhin in Punkt 15: „Einwohnern Judäas, Samarias und des Gaza-Distrikts, die sich gemäß der ihnen gewährten Option für die israelische Staatsangehörigkeit entscheiden, wird in Übereinstimmung mit dem Wahlrecht die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Knesset zustehen.“ Außerdem wurde den arabischen Einwohnern zugestanden – und das war im Rahmen zionistischer Bodenpolitik wahrhaftig revolutionär –, in Israel Land zu erwerben und sich dort niederzulassen.<sup>61</sup>

Die jüngste diplomatische Annäherung mit weiteren arabischen Staaten scheint den nationalkonservativen Kräften in Israel Recht zu geben, die darauf setzen, mit der arabischen Welt Frieden zu schließen und dabei die palästinensische Frage auszuklammern. Aber der neue Deal klärt nicht, wie Israelis und Palästinenser auf Dauer zusammenleben können.<sup>62</sup> Ohne eine binationale Perspektive bliebe für einen Ausstieg aus der kolonialen Dimension des zionistischen Projekts nur die Beschränkung auf das Kernland Israel (evtl. mit vereinbartem Gebietsaustausch). Für diese Sichtweise berufe ich mich abschließend auf Dan Diner, der eine der besten Analysen überhaupt zum Nahost-Konflikt geschrieben hat, die es ebenfalls ermöglichen würde, den Widerspruch zwischen konkurrierenden Anforderungen aufzulösen, die sich einerseits aus dem Holocaust, andererseits aus einer antikolonialistischen Haltung ergeben. Diner kommt in seiner Analyse des Konflikttyps zu einem wenig beruhigenden Befund, was konventionelle Lösungsvorstellungen angehe. Wir hätten es einmal mit einem nationalen Konflikt zu tun, gleichzeitig aber mit einem nationalen Konflikt kolonialen Charakters. Sei-

<sup>61</sup> Boehm, *Israel – eine Utopie*, hier S. 205ff., das Zitat auf S. 207. Eine binationale Einstaatlichkeit gleichberechtigter Staatsbürger bringt schon Reinhard ins Spiel: *Die Unterwerfung der Welt*, S. 1250-1251, am Ende des Unterkapitels über „Israel – die letzte Siedlerkolonie des Westens?“

<sup>62</sup> Der israelische Autor Nir Baram meinte in einem Interview auf die Frage, welchen Zeitraum er für einen Prozess des Zusammenwachsens zwischen Israel und den Palästinensern ansetzen würde: „Das Problem besteht darin, dass die Israelis im Augenblick nicht mal das Problem sehen. Noch drängt es sie nicht zu einer Lösung.“ („*Meinetwegen Israel-Palästina*“: *Der israelische Autor Nir Baram und die palästinensische Menschenrechtlerin Nivine Sandouka reden in Jerusalem über Frieden im Nahen Osten nach dem Ende der Zwei-staatenlösung*, SZ vom 17. September 2020, S. 11.)



nen nationalen bzw. territorialen Anteilen und der mit diesen Anteilen verbundenen symmetrischen Vorstellung vom Konflikt nach – Nation gegen Nation – ließe sich dieser durch eine Teilung des Landes lösen. Seinen kolonialen Anteilen nach aber unterlaufe der Konflikt alle Vorstellungen von kompromissfähiger Territorialität. Die tiefe Schuld des Westens als säkularer Christenheit gegenüber den Juden, nicht nur aber vor allem wegen des Holocaust, gehe dahin, dass ihnen so etwas wie eine nationale Heimstätte prinzipiell nicht versagt werden könne. Dabei handele es sich weniger um ein universell einklagbares Recht als um ein Privileg, das aus einer besonderen, ja exzeptionellen Lage erwachsen sei. Eine einseitige Inkorporation weiterer arabischer Gebiete über die Waffenstillstandslinien von 1949 hinaus würde von einer solchen, auf der jüdischen Erfahrung der Vernichtung beruhenden Rechtfertigung des Gemeinwesens nicht mehr gedeckt.<sup>63</sup>

Wenn aber eine Beschränkung israelischer Staatlichkeit auf die Grenzen von 1949 inzwischen nicht mehr möglich und eine demokratische Einstaatlichkeit oder eine Art binationale Konföderation als Alternative vorerst utopisch ist, dann bliebe es beim dynamischen Status quo der kolonialen Besatzung, die auch so benannt werden dürfte, ohne dass diese Benennung als antisemitisch zu charakterisieren wäre. Dieser Status quo aber, so die bedrückende Schlussfolgerung des israelischen Journalisten und Romanautors Nir Baram aus seinen vielen Begegnungen entlang der Grünen Grenze, der Trennmauer oder in der West Bank aus den Jahren 2014/2015, bedeute eine konkrete Gefahr für alle diejenigen, die nicht in einem Apartheidstaat leben wollten. Das Modell einer Trennung zwischen Juden und Palästinensern sei geographisch, demographisch, politisch und auch moralisch längst überholt. Bei der Frage, welches politische Modell das der Trennung ersetzen könne, müsse man mit einer mutigen und sachlichen Auseinandersetzung mit dem Krieg von 1948 und der palästinensischen Nakba beginnen – ich würde ergänzen, dass man auch 1917 nicht ganz auslassen darf –, gefolgt von einer kritischen Beschäftigung mit der Besetzung von 1967 und schließlich mit einer Bestandsaufnahme der heute auf der Westbank bestehenden Realität.<sup>64</sup>

Wer diese heutige Realität unvoreingenommen zur Kenntnis nimmt, der wird nicht umhin kommen, offen artikulierten Widerspruch oder Protest der Betroffenen dagegen und das Sympathisieren mit dem Grundanliegen dieses Protests zu respektieren und ihn nicht von vorn-

---

<sup>63</sup> Vgl. Dan Diner, *Der Sarkophag zeigt Risse: Über Israel, Palästina und die Frage eines „neuen Antisemitismus“*, in: Christian Heilbronn/Doron Rabinovici/Natan Sznajder, *Neuer Antisemitismus: Fortsetzung einer globalen Debatte*, Berlin 2019, S. 459-488. Der Aufsatz ist zuerst 2004 erschienen.

<sup>64</sup> Baram, *Im Land der Verzweigung*, S. 315. Barams reichhaltige und vielseitige „oral history“ des Konflikts mit Schwerpunkt auf 2014 eröffnet einige hoffnungsvolle Perspektiven, auch dort, wo man sie nicht unbedingt erwarten würde; sie stimmt aber alles in allem eher pessimistisch, dass es in absehbarer Zeit gelingen könnte, das Andauern der „Dämonenzeit“ im israelisch-palästinensischen Konflikt zu beenden.

herein als antisemitisch einstufen, und zwar ganz unabhängig davon, ob alle konkreten Forderungen jeweils als angemessen oder ausgewogen gelten können. Die Grenzen einer solchen Tolerierung blieben in Deutschland diejenigen, die für alle gelten, die sich hier politisch artikulieren: Gewaltfreiheit, keine Hetze gegen Israel und keine antisemitischen Parolen.

Die Politiker, die den Beschluss gegen die BDS-Bewegung und ihre Sympathisanten gefasst haben und die Journalisten, Intellektuellen und Bürgerinnen und Bürger, die ihn für richtig halten, sollten einmal darüber nachdenken, welche Konsequenzen sie damit in Kauf nehmen. Da werden Preisverleihungen zurückgezogen, angekündigte Konzerte wieder abgesagt, Einladungen zu Vorträgen zurückgenommen; werden nicht nur große Teile der palästinensischen Zivilgesellschaft übergangen, sondern auch viele Juden, die sich für Gerechtigkeit im Nahen Osten engagieren, wird israelisch-palästinensischen und anderen Diskussionsgruppen in Deutschland die Nutzung kommunaler Räume untersagt, was Auswirkungen auf die Vergabe gewerblicher Räume hat, und das alles nur auf der Grundlage einer erklärten Nähe, der Sympathie oder auch des bloßen Verdachts der Nähe zu einer sehr heterogenen Bewegung, die sich vorrangig gegen die Diskriminierung eines Volkes und die Besetzung und Annexion von Teilen des ihnen völkerrechtlich zugesprochenen Territoriums wendet. Das schließt ja keineswegs aus, dass man sich bestimmten konkreten Positionen, Haltungen und Aktionen von BDS-Anhängern entgegenstellt.

Und schon gar nicht sollten offizielle Vertreter Deutschlands Experten, die sich mit Kolonialismus aus der Sicht der Betroffenen gut auskennen und die mit dem Holocaust historisch gar nichts zu tun haben, wegen vermeintlich antisemitischer, tatsächlich aber berechtigter, wenn auch teilweise überzogener kolonialismuskritischer Aussagen über Israels Verhältnis zu den Palästinensern öffentlich anprangern angesichts einer Situation, in der Israel die Besetzung von Teilen des durch Siedlungen immer weiter kolonialisierten Westjordanlandes und die Blockade von Gaza auf Dauer gestellt hat.<sup>65</sup> Stattdessen sollte Deutschland lieber zusehen, dass es bei berechtigten Anliegen von afrikanischen Intellektuellen wie der Aufarbeitung seiner eigenen kolonialen Vergangenheit (Entschädigungen für die Nachkommen der Ermordeten, Restitution von Raubgütern, eine angemessene Kultur der Erinnerung und Würdigung), der Beseitigung ungerechter Wirtschaftsbeziehungen und der Ausbeutung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter im eigenen Land ebenso wie im Ausland und der Überwindung seines institutionellen Rassismus und dessen Verleugnung vorankommt.

---

<sup>65</sup> Vgl. dazu auch den vorzüglichen Artikel von Ralf Michaels, *Deutschstunde für alle Welt: Denkverbot im Namen der Erinnerungskultur. Die Debatte um Achille Mbembe kommt nicht zur Sache – und zeigt dadurch, wie nötig die Kritik der kolonialen Denkungsart ist*, FAZ vom 8. Juni 2020, S. 11.